

Sitzung des Stadtrates am 1. 12. 2005

TOP Aktuelle Debatte

Thema: Die soziale Lage der Magdeburger Bevölkerung

Redebeitrag Sabine Paqué, FDP-Ratsfraktion

Die vorgelegte Studie ist ein schwieriger, in weiten Teilen ein bedrückender Text. Auch wenn uns allen die analysierten Probleme im wesentlichen seit langem bekannt sind: Die ernüchternden Zahlen, die harten Fakten sind erschreckend. Sie verlangen energisches Handeln; vor allem aber verlangen sie neue, zukunftsweisende Strategien.

Allerdings brauchen wir jetzt ein Handeln mit Augenmaß und zielführenden Konzepten. Frau Bröcker hat zu Recht festgestellt, daß das Agieren, nicht Reagieren angesagt ist. Allerdings werden uns Schnellschüsse nicht weiterhelfen. Langfristige, erfolgversprechende Perspektiven werden wir nur entwickeln, wenn wir mehr Phantasie und Mut aufbringen, neue Ideen umzusetzen.

Es gibt keine Patentrezepte, auch wir Liberale haben keine. Gleichwohl möchten wir aus unserer Sicht erste Folgerungen aus der Studie ziehen und drei Handlungsschwerpunkte aufzeigen.

1. Gesundheitsstatus von Kindern und Jugendlichen

Besonders erschreckend sind für uns die vorgelegten Daten über den Gesundheitsstatus von Kindern und Jugendlichen. Trotz intensiver Aufklärung und guter Beratung zu nahezu allen Fragen der Gesundheitsvorsorge, trotz flächendeckender Untersuchungsangebote vom Säuglingsalter an: In Familien mit Arbeitslosigkeit beobachten wir einen hohen Anteil an Gesundheitsproblemen und Entwicklungsauffälligkeiten. Der negative soziale Status der Eltern korreliert ganz unmittelbar mit der gesundheitlichen Benachteiligung der Kinder, so daß die Kinder damit gewissermaßen zum Opfer der Verhältnisse werden.

Um hier Abhilfe zu schaffen, müssen dringend neue Konzepte entwickelt werden, wirkungsvolle Konzepte, die die betreffenden Eltern wirklich direkt erreichen und diese vor allem in ihrer elterlichen Eigenverantwortung stärker positiv motivieren. Erschreckend ist ja weniger, daß keine Hilfen existieren, sondern daß die vorhandenen Hilfen nicht angemessen angenommen werden.

Als mögliche Strategie sehen wir hier die Entwicklung weiterer niedrigschwelliger Angebote, die insbesondere sozial schwache Eltern einladen und für vorhandene Hilfsangebote aufschließen. Da müssen neue Ideen entwickelt und neue Wege gesucht werden, wie das in jüngster Zeit erfolgreich ja schon mit dem MAPP-Projekt in Zusammenarbeit mit Prof. Armbruster begonnen wurde. Auch im Familienbündnis arbeiten wir derzeit an weiteren Modellen, wie in den problematischen Stadtteilen kleinteilige Hilfsangebote entwickelt werden können, die möglichst flexibel auf den jeweiligen Bedarf zugeschnitten sind.

Wir warnen vor einer voreiligen Schlußfolgerungen und Pauschalurteilen. Klar ist doch: Nicht alle arbeitslosen Eltern vernachlässigen ihre Kinder. Gezielte Angebote

sind nötig und mehr Phantasie bei dem Bemühen, genau die Familien zu erreichen, die wirklich Hilfe nötig haben.

2. Bildung

Alarmierend in unseren Augen ist auch der schlechte Ausbildungsstatus zahlreicher Schüler:

- 14,5 % verlassen ohne jede Qualifikation die Schule, 2/3 davon junge Männer
- 10 % der Schüler schaffen lediglich den Hauptschulabschluß, knapp die Hälfte erst nach dem 10. Schuljahr
- 25 % brechen die Ausbildung ab

Gerade in Zeiten knapper Arbeit und hoher Konkurrenz um attraktive Arbeitsplätze ist gute Bildung das wichtigste Kapital, das wir unseren Kindern mitgeben können.

Hier halten wir es für wichtig, die vorhandenen Netzwerke zu stärken und weiter kleinteilig auszubauen. Das heißt u.a. neue Partner (Unternehmen, Verbände, Privatfirmen) innerhalb und außerhalb der Schule zu suchen, um junge Leute neu zum Lernen zu motivieren und ihnen positive Perspektiven aufzuzeigen.

Von positiven Perspektiven ist in der öffentlichen Debatte derzeit allerdings wenig zu spüren. Im Gegenteil, der Perspektivlosigkeit und der alten Null-Bock-Mentalität wird – so scheint mir jedenfalls – manchmal gerade im politischen Bereich das Wort geredet. Sie wird als vorschnelle Ausrede für alles Mögliche verwendet, ob es sich um Graffiti-Schmierereien, Vandalismus oder Kleinkriminalität von Jugendlichen handelt.

Für uns Liberale gilt: Wer als Politiker keine positiven Perspektiven sieht und aufzeigt, der kann andere auch nicht motivieren. Eine zentrale Aufgabe, gerade der Kommunalpolitik, ist es deshalb, Bürger ernst zu nehmen, sie direkt zu beteiligen und zu mehr Eigenverantwortung zu motivieren. Das gilt insbesondere für die angesprochenen Probleme.

Alle, Verwaltung und gewählte Stadträte, müssen zukünftig viel mehr dafür tun, daß der berühmte Satz politikverdrossener Bürger „Das bringt ja doch alles nichts“ in Magdeburg nicht mehr oder jedenfalls immer seltener zu hören ist (Gemeinwesen-AG stärken und kompetenter besetzen, für zügige Umsetzung der vorhandenen Ideen sorgen).

3. Demographie und Alterung der Gesellschaft

In diesem Themenkreis beobachten wir zwei wesentliche Trends, die soziale Probleme schon für die Zukunft vorprogrammieren:

Wir stellen einerseits fest, daß sich die familiären Bindungen immer stärker auflösen, es gibt immer mehr 1-2 Personenhaushalte (Zunahme von 72 %), während die klassische 4 Personen-Familie immer seltener wird (- 44%).

Zum anderen wird unsere Gesellschaft immer älter, durchschnittlich ist die Lebenserwartung der Magdeburger seit 1993 um rund vier Jahre gestiegen.

Wir erleben also Senioren, die gewissermaßen noch zwei ganz unterschiedliche Abschnitte des Alters vor sich haben:

Den ersten Abschnitt bis ins Alter ca. 75 Jahren, wo sie noch relativ aktiv sind, von der Gesellschaft aber vielfach bereits vorzeitig auf das Abstellgleis geschoben wurden. Hier gilt es die Interessen der Senioren besser wahrzunehmen und zugleich vorhandene Ressourcen zu nutzen, um etwa durch stärkere Einbindung in das ehrenamtliche Engagement die sogenannten Alten aktiv in die Gesellschaft einzubeziehen – zum Wohle beider Seiten (positive Ansätze sind vorhanden, Seniorenvertretung und -beauftragten stärken, generationenübergreifende Modelle fördern).

Im zweiten Altersabschnitt ist es dann Aufgabe der Gesellschaft, die pflegebedürftigen Alten nicht allein zu lassen. Da wo – wie in Magdeburg überdurchschnittlich der Fall – die fehlenden familiären Bindungen häusliche Pflege nicht mehr sichern, müssen verstärkt ehrenamtliche Besuchsdienste u.a. Bürgerengagement an die Stelle der Familie treten.

Lassen Sie mich zum Abschluß festhalten:

Neue Wege müssen von Verwaltung und Kommune gefunden werden, um mit betroffenen Bürgern intensiver ins Gespräch zu und sie zur Mitarbeit zu motivieren.

Klar ist uns Liberalen aber auch: Nicht alles können Staat und Kommune allein regeln. Wir alle wissen: Angesichts der angespannten Finanzlage sind beide damit hoffnungslos überfordert. Auch eine Umverteilung der vorhandenen Mittel – getreu dem Motto „Mehr in die Bürger, weniger in die Bauten investieren!“ – wird die Probleme nur kurzfristig mildern.

In unseren Augen sind die genannten Probleme nicht allein politische Probleme, sondern gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Wenn wir sie lösen wollen, brauchen wir mehr individuelle Verantwortung in der Familie, mehr persönliche Verantwortung im Wohnviertel, mehr privates Engagement in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, daß diese liberalen Werte im Kommentar der Sozialdezernentin wichtige Stichworte für eine neue Strategie der Sozialplanung bilden.